

Juso fordert psychologisches Angebot

Um die Schülerschaft bei psychischen Problemen zu unterstützen, brauche es eine Fachperson an der Kantonsschule Obwalden.

Zéline Odermatt

«Auch nach mehreren Therapien habe ich zu kämpfen, befinde mich wieder in Behandlung und empfinde es als sehr notwendig, eine Bezugsperson an der Schule zu haben (die nicht Lehrer ist)!» Diese Aussage stammt von einem Schüler oder einer Schülerin der Kantonsschule Obwalden (KSO) und ist als Antwort bei einer kürzlich durchgeführten anonymen Umfrage der Juso Obwalden eingereicht worden.

«Die Antworten der Schüler und Schülerinnen waren zutiefst besorgniserregend. Die Umfrage hat gezeigt, dass es Personen mit ernsthaften Problemen an unserer Schule gibt», sagt Anna Maria Mathis, die im Vorstand der Juso ist. Sie und Dario Bellwald, Co-Vizepräsident der Juso, sind Sechstklässler an der KSO und von der Dringlichkeit eines schulpsychologischen Angebots an der Schule überzeugt. «Es ist schon schwierig genug, sich Hilfe zu holen bei solchen Problemen», sagt Mathis. Dass es niederschwellige Angebote

braucht, davon ist auch Francesca Moser überzeugt. Die Leiterin des Amts für Volks- und Mittelschulen will die Probleme von jungen Menschen nicht kleinreden: «Es ist ein anspruchsvolles Alter, durch die Coronapandemie zeichnen sich Probleme noch stärker ab.»

Neu gibt es fünf Vertrauenslehrpersonen

Es seien auch eindruckliche Aussagen der Jugendlichen, die die Juso eingeholt haben. Moser sieht den Bedarf jedoch bereits als gedeckt. «Der Eingang des Campus der KSO liegt 50 Meter vom schulpsychologischen Dienst des Kantons entfernt.» Dieser steht wie auch die Jugend- und Familienberatung allen kantonalen Schülern und Schülerinnen offen.

«Zudem haben wir seit diesem Schuljahr fünf Vertrauenslehrpersonen an der KSO. Das sind Lehrpersonen, die sich besonders engagieren und für die psychischen Probleme der Schüler und Schülerinnen zugänglich sind.» Diese unterstützen der Schweigepflicht.

Wie oben der anonymen Aussage zu entnehmen ist, sieht die Juso hier aber Probleme. Man habe gehört, das Angebot würde zwar genutzt, jedoch wären

«Wir haben gemerkt, dass die Generationen, die im Kantons- und Regierungsrat sitzen, die Probleme als zu wenig dringlich sehen.»



Dario Bellwald
Co-Vizepräsident
Juso Obwalden

die Personen nicht dafür ausgebildet, bei Themen wie Essstörungen und Suizidgedanken Hilfe leisten zu können, so die beiden Juso-Politiker. Dafür brauche es eine Fachperson mit einer entsprechenden Ausbildung. Moser sagt dazu: «Wie gut sich die Vertrauenslehrpersonen bewähren und nachgefragt sind, müssen wir nach diesem Jahr schauen. Für eine Bilanz ist es noch zu früh.»

Die Vertrauenslehrpersonen seien jedoch ganz klar keine Therapeuten, die eine psychologische Ausbildung haben. «Sie sind eben als leicht zugängliches Angebot bei Problemen da und können aufzeigen, wo sich die Schülerinnen und Schüler weitere Hilfe holen können.»

Jugendliche möchten ernst genommen werden

Auch die Distanz zur Schule selbst stellt die Juso in Frage. Mathis: «Wir möchten eine Person, die losgelöst vom Schulalltag agiert und auch hilft, wenn Schüler oder Schülerinnen Probleme mit Lehrpersonen haben.» Moser sagt, es sei nicht immer eine

ideale Situation, aber: «Die Vertrauenslehrer unterrichten auf verschiedenen Stufen und man findet somit immer jemanden, der nicht die Noten der hilfesuchenden Person setzt.»

Die Juso und die anderen Jugendlichen fühlen sich hingegen nicht ernst genommen mit ihrem Anliegen. «Das kantonale Angebot reicht nicht aus, zudem weiss kaum jemand an der Schule darüber Bescheid. Wir haben in diesem Prozess gemerkt, dass die Generationen, die im Kantons- und Regierungsrat sitzen, die Probleme als zu wenig dringlich sehen», so Bellwald. Und Mathis fügt an: «Ein Angebot vor Ort könnte auch ausserschulische Angebote entlasten.»

Notfälle sind von Wartefristen ausgenommen

Die Wartezeiten bei den kantonalen Schuldiensten erhöhen sich tatsächlich seit längerem (wir berichteten). «Es stimmt, dass die Situation bei den Schuldiensten noch immer angespannt ist. Die Anmeldungen haben im letzten Schuljahr wie-

der zugenommen und ich befürchte, es wird in diesem Schuljahr so bleiben», sagt Moser. Per 1. Januar 2021 hat der Regierungsrat für die Schuldienste eine befristete Pensenerhöhung von 150 Prozent bis 2024 gesprochen. Diese Erhöhung würde durch die Zunahme der Anmeldung jedoch rasch «weggefressen». «Wir erkennen also das Problem, die Ressourcensituation ist aber immer noch angespannt.» Natürlich seien Notfälle von den Wartefristen ausgenommen. «Wenn jemand eine Krise hat oder auch bei Suizidgedanken, dann hat das Vorrang.»

Die Juso fordert zudem Präventionstage. Diesen Vorschlag nimmt Moser gerne als Anregung auf und weist darauf hin, dass im Frühling die KSO eine mehrtägige Veranstaltung zum Thema Suizid durchführt. Sie möchte zudem der Juso für ihr löbliches Engagement zu psychischen Themen danken. «Es ist einiges gegangen in den letzten Jahren bezüglich der Thematik. Das ist eine sehr positive Entwicklung.»